Kurzfassung

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) damit beauftragt, die sonografiegesteuerte hochfokussierte Ultraschalltherapie bei sekundären bösartigen Neubildungen des Knochens und des Knochenmarks gemäß § 137h Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) – Gesetzliche Krankenversicherung zu bewerten. Das zu bewertende Anwendungsgebiet wurde vom anfragenden Krankenhaus (aK) eingegrenzt auf nicht chirurgisch behandelbare Neubildungen. Die Bewertungsunterlagen wurden dem IQWiG am 19.12.2016 übermittelt.

Die vom aK als „ultraschallgesteuerter hoch-intensiver fokussierter Ultraschall“ bezeichnete Methode (USgHIFU) dient laut aK dazu, bei Patienten mit nicht resektablen, sekundären bösartigen Neubildungen des Knochens und des Knochenmarks das Tumorgewebe zu zerstören. Der USgHIFU könne sowohl allein als auch in Kombination mit Chemotherapie eingesetzt werden.

Es wurden keine Daten eingereicht, die für die Bewertung des USgHIFU bei nicht resektablen sekundären Knochtumoren relevant waren.

Auf Basis der eingereichten Bewertungsunterlagen lässt sich für den USgHIFU bei nicht resektablen sekundären bösartigen Neubildungen des Knochens und des Knochenmarks weder ein Nutzen noch ein Potenzial einer erforderlichen Behandlungsalternative ableiten.

Aus diesem Grund werden für die Methode keine Eckpunkte einer Erprobungsstudie konkretisiert.